

## CO<sub>2</sub>-GESETZ

DIE PARLAMENTARISCHEN BERATUNGEN ÜBER DIE TOTALREVISION DES CO<sub>2</sub>-GESETZES SIND ABGESCHLOSSEN. DOCH DAS LETZTE WORT WERDEN DIE STIMMBÜRGERINNEN UND STIMMBÜRGER AN DER URNE HABEN. SOWOHL TEILE DER KLIMAJUGEND ALS AUCH DIE SVP STREBEN EIN REFERENDUM AN, DAS MIT SICHERHEIT ZUSTANDE KOMMT.

# REICHT DER SPATZ IN DER HAND FÜR DEN ANFANG AUS?

TEXT: BEAT KOHLER

In der Herbstsession hat das eidgenössische Parlament die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes verabschiedet. «Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein gutes Gesetz, ein ausgewogenes Gesetz, das unser Land weiterbringt, das unser Land in Bezug auf den Klimaschutz weiterbringt und das unser Land in Bezug auf Arbeitsplätze mit Zukunft weiterbringt, die in unserem Land geschaffen werden», erklärte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga vor der Schlussabstimmung. Allen sei klar, dass es weitere Schritte brauchen werde. «Mit diesem CO<sub>2</sub>-Gesetz kann und wird die Schweiz ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um mindestens die Hälfte reduzieren, und sie wird dies erreichen, indem sie vor allem in der Schweiz investiert», so Sommaruga.

### KLIMASTREIKENDE WOLLEN MEHR

Bevor es so weit ist, wird aber mit grösster Wahrscheinlichkeit noch das Stimmvolk über das Gesetz abstimmen. Die Regionalgruppen Genf, Waadt, Neuenburg, Jura, Wallis und Berner Jura der Klimastreikbewegung haben Anfang Oktober offiziell bekanntgegeben, dass sie gegen das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz das Referendum ergreifen. Dies obwohl sich Klimastreik Schweiz an sich gegen ein Referendum ausgesprochen hatte. Aber in der Westschweiz und auch in der Deutschschweiz sind viele Klimaaktivistinnen und -aktivisten gar nicht

zufrieden mit dem Gesetz. «Das CO<sub>2</sub>-Gesetz verfehlt die verschiedenen Emissionsreduktionsziele deutlich, missachtet die Klimagerechtigkeit und verfestigt bestehende Strukturen», sagte die Sprecherin der Klimastreikbewegung Franziska Meinerz gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Damit dürfte sie nicht falsch liegen. Doch ist dies der Kompromiss, der nach jahrelangem parlamentarischem Prozess eine Mehrheit gefunden hat, obwohl sich die eigentlich vom Bundesrat gesetzten Ziele damit nicht erreichen lassen.

### AUCH DIE SVP WILL DAS REFERENDUM

Die Klimastreikenden bekämpfen das revidierte Gesetz, weil es ihnen deutlich zu wenig weit geht. Auf der anderen Seite des Spektrums gehen der SVP sämtliche Massnahmen im Gesetz zu weit. «Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbürger beim CO<sub>2</sub>-Gesetz das letzte Wort haben muss und unterstützt das Referendum», schreibt die Partei in ihrem Rückblick auf die Herbstsession. Die Kritik der SVP richtet sich vor allem gegen eine Erhöhung des Benzinzuschlags und gegen die neuen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte von Heizungen. Dies komme faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleich, moniert die Partei. Sie beklagt auch die Verteuerung von Heizöl, welche die Privathaushalte zu stark belaste, und bezeichnet die

Abgabe auf Flugtickets als «unsoziale» Abgabe.

Demgegenüber steht die Grüne Partei mit Überzeugung hinter dem erzielten Kompromiss und verwahrt sich auch gegen Vorwürfe der Klimajugend, dass bei Weitem nicht genug erreicht worden sei. «Das Ziel, die Erwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wird endlich gesetzlich festgeschrieben», freuen sich die Grünen. Erst mit der gesetzlichen Festschreibung des Pariser Klimaziels verpflichtete sich die Schweiz, wirklich zu handeln, beispielsweise ihre Finanzströme mit dem Klimaschutz in Einklang zu bringen. Dank einem neuen Klimafonds würden Innovationen im Klimaschutz gefördert, und dank Lenkungsabgaben, wie sie im Flugverkehr vorgesehen sind, profitierten diejenigen, die nicht fliegen, auch finanziell. «Das Gesetz gibt der Schweiz wichtige Instrumente in die Hand, um der Klimakrise jetzt sofort entgegenzutreten», schreiben die Grünen. Ohne das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz gebe es gar kein Reduktionsziel mehr für Treibhausgasemissionen, und die Klimapolitik der Schweiz werde massiv ausgebremst: Der Gesetzgebungsprozess für ein neues Gesetz würde erneut mehrere Jahre dauern.

## **KLIMA-ALLIANZ STEHT HINTER DEM KOMPROMISS**

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist das wichtigste Element der Schweizer Klimapolitik. Für die Klima-Allianz Schweiz wäre ein abgelehntes Gesetz fatal für die Erreichung des Pariser Klimaabkommens, wie sie mehrfach betont hat. Darum engagiert sich die Organisation für das Gesetz. Auch die SSES – als Teil der Klima-Allianz – unterstützt das CO<sub>2</sub>-Gesetz, wie es nun vorliegt. «Dies ist ein wichtiger erster Schritt, damit wir den Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz massiv reduzieren können. In dieser Form reicht es aber noch nicht aus, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens

zu erfüllen», erklärt die Geschäftsführerin der SSES Carole Klopffstein. Mit einer Ablehnung des Gesetzes würde die Schweiz im Kampf gegen die Klimakrise weit zurückgeworfen. «Die Annahme dieses Gesetzes wird auch dem Umbau der Energiesysteme weiteren Schub verleihen», so Klopffstein weiter. Deshalb setzt sich auch die SSES für das CO<sub>2</sub>-Gesetz ein.

Andere Verbände unterstützen das vorliegende Gesetz ebenso klar. Für swisscleantech steht fest, dass das Gesetz rasch umgesetzt werden muss. Der Verband ist deshalb Mitgründer des Vereins «Schweizer Wirtschaft für das CO<sub>2</sub>-Gesetz», der sich im Abstimmungskampf für das Gesetz einsetzen wird. Die finale Fassung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes stelle wichtige Weichen, enthalte eine breite Palette an sozialverträglichen und mehrheitsfähigen Massnahmen und biete viele Innovationsanreize. Dies stärke den Werkplatz Schweiz und komme der Gesellschaft als Ganzem zugute. «Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wird nicht ausreichen, um den Klimawandel einzudämmen, doch: Es ist ein mehrheitsfähiges Gesetz und darum ein wichtiger Schritt auf dem Weg in Richtung netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050. Unternehmen brauchen Investitions- und Planungssicherheit. Darum muss das Gesetz rasch umgesetzt werden», hält Christian Zeyer, Geschäftsführer swisscleantech, fest. Hinter dem CO<sub>2</sub>-Gesetz stehen grosse Teile der Wirtschaft. Dies zeigt beispielsweise die Kampagne CEO4Climate, in deren Rahmen sich bereits über 440 namhafte Schweizer CEOs für verbindliche Ziele und Massnahmen einsetzen. Für eine schlagkräftige Allianz gegen das Referendum haben sich zudem neben swisscleantech bereits erste namhafte Branchen- und Dachverbände zum Komitee «Schweizer Wirtschaft für das CO<sub>2</sub>-Gesetz» zusammengeschlossen. «Für einen Abstimmungskampf müssen alle Kräfte gebündelt werden, denn das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein

sehr wichtiges Fundament, auf das man bauen kann», so Fabian Etter, Co-Präsident von swisscleantech. Aus Sicht des VCS Verkehrs-Clubs der Schweiz schafft das CO<sub>2</sub>-Gesetz eine gute Ausgangslage für eine effektivere Klimapolitik. Beim Neuwagenziel soll der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoss neuer Autos bis 2030 im Vergleich zu 2019 halbiert werden. Somit stehen Autohersteller und -verkäufer in der Pflicht. Sie müssen nun mehr Modelle als Elektroautos oder mit anderen Antrieben ohne CO<sub>2</sub>-Ausstoss und auch mehr benzinsparende Modelle anbieten. «Das sind Schritte in die richtige Richtung», sagt VCS-Geschäftsführer Anders Gautschi. Es sei erstmals gelungen, dass im CO<sub>2</sub>-Gesetz alle Formen der klimabelastenden Mobilität zu zusätzlichen Massnahmen verpflichtet werden. So gebe es bessere Rahmenbedingungen, um Dieselbusse durch Elektrobusse zu ersetzen, und zwar durch die Befristung der Mineralölrückerstattung für öV-Unternehmen.

## **ENERGIEWENDE IST EINE WICHTIGE BEDINGUNG**

Auch die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) begrüsst die im Gesetz verabschiedeten Massnahmen, betont aber, dass für das Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind. So werden 27% der Emissionen der Schweiz im Gebäudebereich ausgestossen. Nach wie vor werden zwei Drittel aller Gebäude mit fossilen Energieträgern geheizt. Schweizweit werden in mindestens der Hälfte der Fälle fossile Heizungen wieder durch fossile Systeme ersetzt. Hier gibt es ein gewaltiges Verbesserungspotenzial. Die SES begrüsst daher den Entscheid, dass bei Zielverfehlungen ab 2023 härtere Vorgaben gelten sollen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoss aus fossilen Heizungen begrenzen. Mehr fordert sie im Strassenverkehr. Die bisherige Energie- und Klimapolitik im Bereich Strassenver-

kehr sei gescheitert. Die SES hat in einem Fokus auf «energielobby.ch» detailliert aufgearbeitet, wie die fossile Verkehrs- und Wirtschaftslobby seit Jahrzehnten eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe verhindert. Im Vorschlag des Ständerats ist nun zwar ein Aufpreis auf Benzin und Diesel zugunsten des Klimaschutzes vorgesehen, eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe fehlt jedoch weiterhin.

Dass Klima und Energie unweigerlich zusammengehören, hat die SES auch an ihrer Fachtagung «Power fürs Klima – wie der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt» erörtert. Erneuerbare Energien in der Schweiz auszubauen, ist neben einer Reduktion des Energieverbrauchs die wirksamste aller Klimaschutzmassnahmen. Mit der bestehenden Wasserkraft habe die Schweiz beste Voraussetzungen, um ein Energiesystem auf rein erneuerbarer Basis zu realisieren, erklärte Energy-Watch-Group-Präsident Hans-Josef Fell: «100% erneuerbare Energien sind kostengünstiger als das derzeitige Energiesystem und führen zu null Emissionen bis 2030.»

Bei den weiteren Referentinnen kristallisierten sich weitere zielführende Massnahmen und Faktoren für die erfolgreiche Energiewende heraus wie ambitionierte und mit dem Klimaschutz kompatible Ausbauziele, die Akzeptanz der Bevölkerung für Projekte sowie zielführende Marktmechanismen für erneuerbare Energien. Der zentrale Hebel für eine erfolgreiche Energiewende ist die Revision des Energiegesetzes, die nächstes Jahr ins Parlament kommt. Mit Zuversicht hat SES-Präsident Beat Jans in seinem Abschlussvotum den frischen Wind und den Gestaltungswillen in der neuen Parlamentszusammensetzung geschildert. Die Schweiz müsse jetzt die nötigen Weichen stellen. Denn Klimapolitik sei in erster Linie immer auch Energiepolitik. ■■■■■